

# Keine Volksbefragung

**Ergebnis wäre ungültig** | Eine Volksbefragung zur Ostumfahrung ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Richter möchte weiter verhandeln.

**Von Kristina Veraszto**

**LICHTENWÖRTH** | In der Causa Ostumfahrung wird es keine Volksbefragung geben, das bestätigte SPÖ-Bürgermeister Harald Richter nach der Gemeinderatssitzung vergangenen Dienstag.

Der Punkt wurde vor der Sitzung von der Tagesordnung gestrichen. Nach mehreren Besprechungen zwischen dem Ortschef und dem Rechtsanwalt der Gemeinde, Wilhelm Häusler, konnte keine Grundlage für die Volksbefragung gefunden werden. „Wie man es wendet und dreht, die Ostumfahrung fällt nicht in den Wirkungsbereich der Gemeinde“, erklärt Richter. Bei einer Volksbefra-

gung könne deshalb das Land Niederösterreich das Ergebnis aufheben und für ungültig erklären. Der Ortschef bezog sich im NÖN-Gespräch auf die Ereignisse in Alland. Dort stimmte mehr als die Hälfte der Bevölkerung für die Umfahrung des Ortes. Da aber eine Gemeinde nicht über eine Landesstraße abstimmen kann, wurde das Ergebnis für rechtswidrig erklärt.

## Opposition wünschte sich eine Erklärung

Der Ortschef möchte nun weiterhin Verhandlungen mit den Zuständigen des Landes führen. „Wir brauchen eine positive Verkehrsentwicklung für die Erhaltung unserer Lebens-

qualität“, so Richter.

Die LPL hätte eine Volksbefragung unterstützt. „Wir wollen mehr direkte Demokratie“, so LPL-Gemeinderat Harry Müllner. Der Grund für die Absetzung der Volksbefragung sei ihm aber nicht bekannt.

Auch die ÖVP unter Ortspartei-Obmann Norbert Koch könne zum abgesagten Votum nur Vermutungen äußern. „Ich denke mir, dass der Herr Bürgermeister herausgefunden hat, dass eine Volksbefragung rechtswidrig wäre“, so Koch. Dass es nicht zu einer Befragung kommt, sei laut Koch „in Ordnung“, dennoch hätte er sich eine Erklärung gewünscht: „Solche wichtigen Inhalte werden nicht weiter kommuniziert.“